

## **Fazit und weiteres Vorgehen in den inhaltlichen Themenstellungen des Runden Tisches „Sicherheit und Sauberkeit in der Bremer Innenstadt“**

Der Runde Tisch „Sicherheit und Sauberkeit in der Bremer Innenstadt“ wurde im August 2023 von der Handelskammer initiiert, um den zentralen Herausforderungen von Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit im Herzen unserer Stadt gemeinschaftlich zu begegnen. Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Polizei, Wirtschaft, Institutionen sowie der Zivilgesellschaft haben in sechs Sitzungen intensiv zusammengearbeitet, Erfahrungen ausgetauscht, Maßnahmen angestoßen und Lösungsansätze entwickelt.

Diese gemeinsame Erörterung war wichtig, um die Relevanz der einzelnen Themen und die Notwendigkeit gemeinsamen stadtgesellschaftlichen Handelns klar herauszuarbeiten. Nun geht es um politische Prioritätensetzung und nachhaltige Umsetzung. Für Letzteres werden am Ende dieses Papiers handlungsfähige operative Nachfolgestrukturen skizziert. Deren Handeln und Wirken soll in größeren Abständen auf politischer Ebene nachgehalten werden.

### **I. Erreichtes**

Der Runde Tisch hat die Zusammenarbeit und den offenen Dialog zwischen Senatsressorts, Polizei, Ordnungsamt, Stadtreinigung und Handel gestärkt sowie zur nachhaltigen Sensibilisierung aller Beteiligten hinsichtlich der Bedeutung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Die beteiligten Senatsressorts haben erfolgreiche Maßnahmen ergriffen, um die öffentliche Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt und den angrenzenden Stadtteilen zu erhöhen. Zu diesen zählen:

#### **1) Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung**

Im Juni 2024 wurde das Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung u.a. durch Regelungen ergänzt, die aufdringliches Betteln verbieten. Das Gesetz definiert aufdringliches Verhalten, zum Beispiel das Berühren, Festhalten, Verfolgen oder das Versperren des Weges. Auch aktives Betteln im Nahverkehr sowie im Außenbereich von Gastronomiebetrieben ist verboten, es sei denn, die Betreiber erlauben es ausdrücklich. Bei Verstößen können Bußgelder bis zu 500 Euro verhängt werden. Ebenso wurden Regelungen für Musikdarbietungen im öffentlichen Raum ergänzt. Die Durchsetzung des Ortsgesetzes erfolgt durch regelmäßige Schwerpunktmaßnahmen des Ordnungsamtes unter anderem durch den Einsatz ziviler Kräfte. Der Einsatz von anlassbezogenen mobilen Wachen sowie einer Fußstreife in der Innenstadt tragen seit 2025 zu einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Innenstadt bei.

#### **2) Drogenhilfepplan Bremen**

Bremen hat eine integrierte Drogenhilfestrategie entwickelt und u.a. die Hilfsangebote für Drogenabhängige deutlich ausgeweitet: Rund 10 Millionen Euro wurden bis 2025 für neue Einrichtungen, längere Öffnungszeiten und mehr Personal ausgegeben. Insbesondere durch die Förderung von Präventions- und Beratungsangeboten sowie Notunterkünften

wird versucht, die Problematik zu mindern. Von besonderer Bedeutung ist dabei der neue Drogenkonsumraum in der Friedrich-Rauers-Straße, in denen Abhängige unter hygienischen und sicheren Bedingungen ihre Drogen konsumieren können. Eine Folgefinanzierung für die Jahre 2026/27 wurde im Rahmen der Senatsbeschlussfassungen zum Doppelhaushalt sichergestellt.

Darüber hinaus tragen neben den Präventions- und Beratungsangeboten auch die reaktiven Reinigungsmaßnahmen (u.a. die ausgedehnte, hoch frequentierte Spritzensammlung durch die DBS und den UBB zum operativen Erfolg bei.

### **3) Sonderkommission junge Räuber**

Die „SOKO“ junge Räuber wurde im September 2023 von der Polizei gegründet, um der steigenden Zahl von Raubdelikten zu begegnen. Der Fokus auf eine täterorientierte Ermittlung konnte in der Folgezeit dazu maßgeblich beitragen, die Zahl der Straftaten im Vorjahresvergleich zu reduzieren. Durch die Arbeit der SOKO wurden bis September 2025 94 Untersuchungshaftbefehle erwirkt. 1.042 von insgesamt 1.582 Ermittlungsverfahren wurden erfolgreich aufgeklärt, 506 Tatverdächtige wurden ermittelt. Im aktuellen Jahr liegt die Anzahl der Raubdelikte in der Stadtgemeinde Bremen bei 505 und damit knapp 10 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Erfolg dieser Arbeit darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadt Bremen trotz aller Maßnahmen auch 2024 im bundesweiten Vergleich bei Raubtaten mit 194 Fällen pro 100.000 Einwohnern führend war. (Mit 178 Fällen nahm Bremerhaven Platz 2. ein).

### **4) Quattrostreifen am Bahnhof**

Um die Streifenpräsenz am Hauptbahnhof zu erhöhen, wurde unter Federführung des Innensenators die Zusammenarbeit von Landespolizei, Bundespolizei, Ordnungsdienst und DB-Sicherheit im Rahmen der „Sicherheitskooperation Bremer Hauptbahnhof“ 2024 nach dem Vorbild Hamburgs ausgebaut. Durch den gemeinsamen Einsatz der Sicherheitsbehörden in der „Quattrostreife“ im Bahnhof und im nahen Bahnhofsumfeld konnten Zuständigkeitsgrenzen bei der Sicherstellung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung überwunden, und Kompetenzen gebündelt werden. Regelmäßige, behördenübergreifende Schwerpunktmaßnahmen zur Kontrolle auffälliger Betriebe oder der Einhaltung der Waffenverbotszone sind weitere gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Bahnhofsumfeld. Im Rahmen eines bundesweiten Probelaufs wurde die Bundespolizei ab Oktober mit so genannten „Tasern“ ausgestattet, die Angreifer durch Stromstöße kurzfristig außer Gefecht setzen können. Die Handelskammer Bremen begrüßt diesen Modellversuch.

### **5) Sicherheit am Hillmannplatz**

Die Kriminalität auf dem Hillmannplatz in Bremen ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Laut aktuellen Zahlen sank die Zahl der Straftaten von 1.460 im Jahr 2023 auf 1.177 im Jahr 2024 und weiter auf 438 Straftaten im ersten Halbjahr 2025. Diese positive Entwicklung ist auf verstärkte Kontroll- und Präsenzmaßnahmen der Polizei und des Ordnungsdienstes zurückzuführen. Besonders auffällig ist der Rückgang der

Straßenraubtaten, von 54 Fällen im Jahr 2023 auf lediglich 5 bis Juni 2025. Auch bei Körperverletzungsdelikten und Drogendelikten wurden nach Aussage der Polizei erhebliche Rückgänge verzeichnet. Zudem ist das Innenressort im engen Austausch mit Anrainern und weiteren Ressorts, um den Platz durch Beleuchtungsprojekte und Veranstaltungen beleben zu können.

#### **6) Video-Überwachung am Ziegenmarkt**

Der Bereich am Ziegenmarkt wird von der Polizei als Brennpunkt eingestuft, da dort häufig Raub-, Gewalt- und Drogendelikte gemeldet werden. Mit dem Aufbau einer Video-Überwachung wird angestrebt, die Kriminalität einzudämmen und Straftaten besser aufzuklären. Der Aufbau der Überwachung war in Teilen der Regierungskoalition umstritten, wird aber nun absehbar in etwas kleinerer Form umgesetzt.

#### **7) Sicherheit und Sauberkeit am Lucie-Flechtmann-Platz**

Am Lucie-Flechtmann-Platz in der Bremer Neustadt hielt sich durch das Anwachsen der Drogenszene lange Zeit ein Teil der Drogenszene am dortigen Szenetreff auf. Zeitweise wurden lt. Medienberichten bis zu 100 Personen gezählt. Aufgrund von Beschwerden über Dreck, Drogenhandel und Lärm wurde ein Maßnahmenplan umgesetzt. Diesem gingen Gespräche zwischen Beirat, Gesundheitsamt, Polizei und Hilfsorganisationen voraus. Zu den Maßnahmen gehört der Aufbau eines Akzeptanzortes mit Aufenthaltscontainer für Drogenabhängige im Hohentorspark, um die Situation vor Ort zu entzerren. Der Platz selbst wurde dadurch entlastet, die Szene dezentralisiert

#### **8) Awareness Teams für ein sicheres Nachtleben**

In den Nächten von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag sowie vor Feiertagen sind im Bremer Ostertor und Steintor so genannte Awareness-Teams und in der Neustadt die sogenannten Neustadtläufer/-innen im Einsatz. Die Teams leisten Betroffenenarbeit und bieten Hilfestellung für Menschen, die sich bedrängt, verfolgt oder belästigt fühlen. Sie gehen gezielt auf Personen zu, um Hilfe bei etwaigen Belästigungen oder Diskriminierungen anzubieten. Die Awareness Teams arbeiten eng mit lokalen Bars und Veranstaltungsorten zusammen, um eine sichere Umgebung zu gewährleisten. Die Handelskammer hatte sich mit dafür eingesetzt, dass das Projekt Awareness Teams fortgesetzt werden konnte.

#### **9) Taubenproblematik**

In der Bremer Innenstadt wurden mehrere Maßnahmen umgesetzt, um das vorhandene Taubenproblem zu bewältigen. Eine wichtige Neuerung ist das Fütterungsverbot für Tauben an bestimmten Orten in der Innenstadt, das seit dem 1. April 2025 gilt. Ziel des Verbots ist es, die Taubenpopulation zu kontrollieren und die Verschmutzung durch Taubenkot zu reduzieren. Am 21. Dezember 2024 wurde Bremens erstes betreutes Taubenhaus eingeweiht. Es befindet sich auf dem Obergeschoss des Parkhauses "Am Brill" und bietet Platz für etwa 200 Stadttauben. Über das ZIZ-Programm und in Kooperation mit der Brepark sollen noch im Jahr 2025 drei weitere Taubenhäuser auf den Obergeschossen der Parkhäuser „Am Brill“ und „Katharinenklosterhof“ realisiert werden.

## **10) Reinigung im öffentlichen Raum**

In der Bremer Innenstadt wurden zusätzliche Maßnahmen für die Reinigung des öffentlichen Raums eingeführt. Dazu gehören zusätzliche Reinigungen öffentlicher Flächen, aber auch regelmäßige Aktionen zur Müllbeseitigung wie die „Bremer Aufräumtage“, die in diesem Jahr erstmals auch in der Innenstadt stattfanden und von der Handelskammer Bremen unterstützt worden sind, der „Bremer Kippen-Marathon“ und die Unterstützung weiterer Sammelinitiativen in der Bremer Innenstadt.

Die erhöhte Präsenz der Reinigungs- und Ordnungskräfte hat auch zu einer verbesserten Aufenthaltsqualität im Bereich des Hauptbahnhofs und dessen Vorplatz beigetragen. So konnten neben erhöhten Reinigungsintervallen auch unterschiedliche Reinigungsmethoden (wie beispielsweise die Nassreinigung) die positive Wahrnehmung bei Pendlern und Besuchern dieses Bremer Eingangstors deutlich und spürbar erhöhen.

## **II. Wo gab und gibt es Probleme?**

Trotz dieser Fortschritte hat der Runde Tisch auch deutlich gemacht, dass Zuständigkeiten zwischen den beteiligten Ressorts nicht immer ausreichend geklärt sind (Beispiel: Taubenhotel), oftmals Ressourcen für nachhaltige Maßnahmen (z. B. dauerhafte Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst, bauliche Veränderungen, kontinuierliche Reinigung) fehlen oder nicht gesichert sind, die Wirkung einzelner Maßnahmen bislang nur unzureichend evaluiert werden konnte und einige wichtige Akteursgruppen (z. B. Immobilienwirtschaft, Zivilgesellschaft, Kultur) bisher nicht systematisch eingebunden wurden. Letztlich sind dauerhafte Strukturen notwendig, um die Themen Sicherheit und Sauberkeit langfristig erfolgreich zu bearbeiten.

In folgenden Bereichen bestehen weiterhin Handlungsbedarfe:

### **1) Ausweitung von Waffenverbotszonen**

In Bremen gibt es aktuell drei etablierte Waffenverbotszonen: in der Bahnhofsvorstadt, an der Sielwall-Kreuzung im Viertel und am Bürgermeister-Koschnick-Platz in Gröpelingen. Der Innensenator plant zusätzliche Bereiche, die an die Waffenverbotszone der Bahnhofsvorstadt und an die Nordseite des Hauptbahnhofs angrenzen. Für die bestehenden Zonen gilt ein Verbot von Waffen und Messern zu bestimmten Uhrzeiten, mit Kontrollrechten für die Sicherheitsbehörden. Der Runde Tisch begrüßt die geplante Ausweitung, für die sich ein Senatsbeschluss in Vorbereitung befindet.

### **2) Weitere Stärkung der Drogenhilfe Bremen**

Die Situation der Drogenhilfe in Bremen ist angespannt, da mit einer weiterwachsenden Drogenszene gerechnet wird und die verlässliche Ausgestaltung von Hilfsprojekten unter erheblichen finanziellen Vorbehalten steht. Aktuell existieren Angebote wie Suchtberatungen, medizinische Rehabilitation und eine Tagesklinik, aber es besteht dringender Bedarf an einer Ausweitung von Angeboten für vulnerable Gruppen und einem Ausbau von Einrichtungen wie Ruheräume und Drogenkonsumräume, insbesondere in den unmittelbar betroffenen Stadtteilen. Die integrierte

Drogenhilfestrategie in Bremen zielt darauf ab, den öffentlichen Konsum in Suchthilfeangebote zu verlagern und die Versorgung zu verbessern. Dabei sind lokale Beiräte einzubinden. Es ist zu begrüßen, dass trotz der angespannten Haushaltslage die Weiterfinanzierung der Integrierten Drogenhilfestrategie sichergestellt ist. Es besteht jedoch eine Notwendigkeit, den nötigen Ausbau von Angeboten aufgrund steigender Bedarfe ebenfalls zuverlässig zu finanzieren.

### **3) Personalmangel in der Staatsanwaltschaft**

Die Staatsanwaltschaft Bremen kämpft weiterhin mit einem gravierenden Personalmangel. Laut dem Bremischen Richterbund waren zwischenzeitlich nur rund zwei Drittel der benötigten Stellen besetzt. Hauptgrund für die anhaltenden personellen Engpässe sind die unzureichenden finanziellen Mittel, die im Haushalt bereitgestellt werden. Infolge des Personalmangels kommt es zu erheblichen Verzögerungen und einer höheren Belastung der Staatsanwälte. Gleichzeitig sind die Fallzahlen in den letzten Jahren stark gestiegen: 2024 bearbeitete die Staatsanwaltschaft Bremen 78.000 Fälle.

### **4) Kontaktbüro in der Obernstraße**

Das Kontaktbüro der Polizei in der Obernstraße Bremen wurde 2023 geschlossen. Hauptgründe für die Schließung waren Einsparungen und Umstrukturierungen. Die Innenstadtwirtschaft hat die Schließung wiederholt kritisiert, da das Büro aus Sicht der Innenstadtwirtschaft als zentrale Anlaufstelle für mehr Sicherheit und Vertrauen in der Innenstadt diene. Die Fortsetzung des Bürobetriebes durch Kräfte des Ordnungsamtes ist trotz entsprechender Überlegungen ebenfalls nicht zur Umsetzung gekommen. Zweifellos hätte der fortlaufende Betrieb des Kontaktbüros das Sicherheitsgefühl der Innenstadtbesucher, Gastronomen, Händler und Dienstleister deutlich gestärkt.

## **III. Zwischenfazit**

Wesentliche Errungenschaften sowie weitere Verbesserungen in den Bereichen Sicherheit, Sauberkeit und öffentliche Ordnung werden nur durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel zu halten und zu erreichen sein. Insbesondere im Bereich der Drogenhilfe, aber auch mit Blick auf Polizei, Justiz und Ordnungsdienste muss es größere Handlungsspielräume geben, um eine angemessene öffentliche Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Zudem mangelt es erkennbar an der Umsetzung und Kontrolle bereits verschärfter Gesetze. Mit Blick beispielsweise auf Straßenmusik, auf das Verbot des offensiven Bettelns und auf das Fütterungsverbot von Tauben sind die Präsenz und das aktive Einschreiten des Ordnungsdienstes daher auch weiterhin gefordert.

Viele Probleme, die eine Großstadt wie Bremen kennzeichnen, wie Jugendkriminalität, Parallelgesellschaften oder Obdachlosigkeit, erfordern darüber hinaus einen langfristigen, sozialpolitischen Ansatz. Der Senat hat zwar verschiedene soziale Programme aufgelegt, es ist aber festzustellen, dass diese teilweise unzureichend finanziert sind oder nicht nachhaltig genug wirken können.

#### IV. Weiteres Vorgehen

Die gemeinsame Arbeit der Beteiligten am Runden Tisch hat wertvolle Erkenntnisse geliefert, den Wert vereinten stadtgesellschaftlichen Handelns unterstrichen und den Blick auf oftmals schwierige soziale Problemlagen geschärft. In jedem Fall bleiben Sicherheit und Sauberkeit in der Bremer Innenstadt Daueraufgaben, die wir in einer verbindlichen und partnerschaftlichen Form weiterführen wollen.

Der Runde Tisch wird mit seiner siebten Sitzung beendet. Die zukünftige Arbeit erfolgt in operativen Strukturen, die die aufgeworfenen Themen aufgreifen und umsetzen.

a) Sicherheitskonferenz Innenstadt Bremen unter Federführung des Innenressorts.

Diese Konferenz soll

- dem Austausch von Polizei, Ordnungsdienst und Justiz mit den interessierten und relevanten Akteuren der Innenstadtwirtschaft zur aktuellen Sicherheitslage dienen,
- durch eine Koordinierungsstelle im Innenressort organisiert und geleitet werden,
- als Steuerungsgremium regelmäßig (mindestens halbjährlich) zusammenkommen,
- die Zusammenarbeit mit bestehenden Programmen und Institutionen (z. B. Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof, Handelskammer, CityInitiative und DEHOGA) sicherstellen sowie
- Sicherheitsstrategien für die Innenstadt und das Bahnquartier sowie Hilfsangebote für Szeneangehörige in der Innenstadt / im Bahnquartier diskutieren sowie Verabredungen für situationsverbessernde Maßnahmen treffen.

b) Fachrunde „Innenstadt Sauberkeit & Sicherheit“ unter Federführung der CityInitiative

Diese Fachrunde

- setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der CityInitiative, der Sicherheitspartnerschaft, der operativen Behörden (Ordnungsamt, Stadtreinigung, Umweltbetrieb, Polizei etc.), weiteren Einzelhandels- und Gastronomiebetrieben sowie Quartiersinitiativen zusammen,
- bearbeitet konkrete Fragestellungen betreff Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung (wie z.B. Hotspots für Bettenlager, Verunreinigungen, Überfälle, Taubenfüttern) in der Bremer Innenstadt mit all ihren Quartieren und
- stimmt Maßnahmen zur Umsetzung bzw. zur Verbesserung der Rahmenbedingungen ab, sei es auf operativer oder politischer Ebene in Zusammenarbeit mit dem Senator für Inneres.

Das Handeln und Wirken dieser Strukturen werden seitens der Handelskammer weiterhin verfolgt, insbesondere hinsichtlich möglicher Hemmnisse proaktiv begleitet und zu gegebener Zeit bzw. bei entsprechender Veranlassung erneut auf die politische Ebene gehoben.

Bremen, den 27. November 2025